

ACTARES

Actionnariat pour une économie durable
AktionärInnen für nachhaltiges Wirtschaften

Genf und Bern, 18. März 2008

Über die Hälfte der 20 grössten Schweizer Unternehmen unterstützen politische Parteien

Eine Umfrage von ACTARES bei den grössten börsenkotierten Schweizer Unternehmen zeigt, dass mindestens die Hälfte der Unternehmen des SMI (Swiss Market Index) politische Parteien finanziell direkt unterstützen. Aus den lückenhaften Angaben zu den Nutzniessern geht hervor, dass davon bürgerliche bzw. wirtschaftsfreundliche Parteien profitieren. Die Beträge reichen von rund 10'000 bis über 100'000 Franken. Die in den Medien sichtbare Propaganda lässt aber vermuten, dass Verbänden, Aktionskomitees und Public Relations-Agenturen viel mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden als den Parteien. ACTARES fordert einen Verzicht auf die Parteienfinanzierung und mehr Transparenz bei der politischen Einflussnahme der Unternehmen.

1. Abstimmungen und Wahlen kosten viel Geld – wer bezahlt?

ACTARES befragte Ende 2007 die bedeutendsten 20 börsenkotierten Unternehmen über ihre finanziellen Beiträge an die politischen Parteien in der Schweiz. Angesichts der aussergewöhnlich hohen Wahlkampfbudgets gewisser Parteien für die letzten eidgenössischen Wahlen fragte sich ACTARES, in welchem Ausmass sich Unternehmen in die demokratische Auseinandersetzung eingeschaltet hatten.

Den Unternehmen wurden die folgenden Fragen gestellt:

1. Unterstützt das Unternehmen direkt oder indirekt eine oder mehrere Parteien, sei es auf eidgenössischer, kantonaler oder lokaler Ebene? Darin eingeschlossen ist jede direkte Unterstützung an Personen, welche für ein Amt kandidieren.
2. Welche Partei wird im gegebenen Fall mit welchem Betrag, nach welchen Kriterien und in welcher Absicht unterstützt?
3. Ist das Unternehmen auch in Zukunft bereit, über diese Frage zu informieren?

2. Guter Rücklauf , wenig Klarheit über Nutzniesser und Beträge

Von den 20 angefragten Unternehmen haben 18 geantwortet. Das ist ein sehr gutes Ergebnis, das auch für die guten Beziehungen von ACTARES zu den Unternehmen spricht.

Von den 18 Unternehmen

- gaben 10 oder 56% an, Parteien direkt zu unterstützen, währenddem
- 8 keine Unterstützung gewähren.

Von den 10, die Beiträge bezahlen,

- gaben 2 an, diese gingen an bürgerliche Parteien,
- sprachen 5 ausweichend von Parteien, welche die Werte des Unternehmens teilten oder eine wirtschaftsfreundliche Politik betrieben,
- machten 3 keine Angaben über die von ihnen unterstützten Parteien.

Auf die Frage nach den Kriterien für die Unterstützung wurden von 3 Unternehmen verschiedene, eher allgemeine Auswahlkriterien erwähnt, wie z.B. Eigenverantwortung, Toleranz, Liberalismus, Wirtschaftswachstum, Diversität und hohe Qualität von Bildung und Forschung. Merkwürdig ist hingegen, dass keine der Firmen Werte wie Nachhaltigkeit, Bekämpfung des Klimawandels oder Menschenrechte erwähnt hat, obwohl diese, gemäss eigener Deklaration in Jahresberichten und bei Vorhaben wie dem UNO "Global Compact" oder dem "Carbon Disclosure Project", oberste Priorität erhalten sollten.

In den wenigen Fällen, in denen überhaupt Geldbeträge erwähnt wurden, handelt es sich um Zahlen ab 10'000 bis zu mehreren zehntausend Franken. Sie werden als nicht gewichtig bezeichnet und sind meistens für die eidgenössische Ebene bestimmt. Nur ein Unternehmen nennt sechsstellige Beträge, die je nach politischer Agenda bis zu 300'000 Franken pro Jahr erreichen können.

Mehrere Unternehmen geben an, das Gesetz verlange keine Offenlegung und sie verhielten sich dementsprechend. Nur 5 der 18 antwortenden Unternehmen wären zu einer Offenlegung bereit.

Liste der angefragten Unternehmen:

| Firma | Direkte Parteifinanzierung | |
|---------------------------|----------------------------|------|
| | | |
| ABB | | Nein |
| Adecco | | Nein |
| Bâloise | Ja | |
| Clariant | | Nein |
| Credit Suisse | Ja | |
| Holcim | Ja | |
| Julius Bär | Ja | |
| Nestlé | Ja | |
| Nobel Biocare | | Nein |
| Novartis | Ja | |
| Richemont | | Nein |
| Roche | Ja | |
| Swatch Group | | Nein |
| Swiss Life | keine Antwort | |
| Swisscom | | Nein |
| Swiss Re | Ja | |
| Syngenta | | Nein |
| Synthes | keine Antwort | |
| UBS | Ja | |
| Zurich Financial Services | Ja | |

3. Die Parteienfinanzierung durch Unternehmen soll neu geregelt werden

Bisher können Parteispenden in 15 Kantonen bis zu einem bestimmten Betrag von den Steuern abgezogen werden. Bis April 2008 läuft eine Vernehmlassung zur Frage, ob solche Abzüge auch bei der direkten Bundessteuer bis zu einem Betrag von Fr. 10'000.- zulässig sein sollen. Grössere Zuwendungen durch Unternehmen sind nach der geltenden Praxis nur zulässig, wenn sie geschäftsmässig begründet sind. Akzeptiert werden sie z.B von der Steuerbehörde, wenn sie werbewirksam sind, was bedeutet, dass das Unternehmen damit öffentlich in Erscheinung tritt.

Beiträge von Unternehmen an Parteien und Verbände, welche die steuerrechtliche Grenze überschreiten, sind aus der Sicht des Aktionariats nicht vertretbar. Sofern sie nicht abzugsberechtigt sind, schmälern sie – wenn auch nur symbolisch – den Gewinn, und wenn sie geschäftsmässig nicht begründet sind, nützen sie dem Unternehmen nichts. Sie gehorchen dann nur der politischen Vorliebe der Unternehmensleitung und nicht zwingend den Interessen des Aktionariats, wie das Beispiel der übertriebenen Vergütungen an oberste Führungspersonen deutlich zeigt. Das darf in einer Publikumsgesellschaft mit einem, auch politisch, heterogenen Aktionariat, nicht zulässig sein.

4. Lobbying und Public Relations als Machtfaktor

Neben den Parteien beteiligen sich auch die Interessenverbände am politischen Prozess der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung. Die in den Medien sichtbare Propaganda lässt vermuten, dass Verbände, Aktionskomitees und Public Relations-Agenturen über viel grössere Ressourcen verfügen. Entsprechend dürften sie für die Interessenvertretung der Unternehmen wichtiger sein als die Parteien und deren VertreterInnen im Parlament. Das zeigt sich auch daran, dass diese in den Verwaltungsräten der 100 grössten börsenkotierten Unternehmen kaum anzutreffen sind. Nur fünf von ihnen "leisten sich" zur Zeit einen National- oder Ständerat im Aufsichtsgremium.

Das hat wohl auch damit zu tun, dass die globalisierte Wirtschaft den nationalen Rahmen sprengt und viele politisch zu lösende Probleme grenzüberschreitend sind. Damit steigt die Bedeutung internationaler Organisationen und Vereinbarungen, weshalb die Konzerne und ihre Verbände auch auf internationaler Ebene Einfluss nehmen. Um Missbräuche bei der Interessenvertretung zu verhindern und die Transparenz zu verbessern, haben die UNO, die OECD und andere Organisationen Corporate Governance-Regeln erlassen. Auch Nichtregierungsorganisationen tragen zur Transparenz bei, z.B. Transparency International (The global coalition against corruption): <http://www.transparency.org/> und die Initiative für Transparenz und Demokratie: <http://www.lobbycontrol.de/>

5. Verzicht auf Parteienfinanzierung, mehr Transparenz im „Politbusiness“

ACTARES fordert die börsenkotierten Unternehmen auf, es den "enthaltamen" Unternehmen gleich zu tun und auf die Parteienfinanzierung zu verzichten. Diese verträgt sich nicht mit dem Pluralismus einer Publikumsgesellschaft, schon gar nicht, wenn sie die abzugsberechtigten Beträge übersteigt, den Gewinn schmälert und keinen nachweisbaren Nutzen bringt. Wenn Unternehmen, wie einige angeben, das demokratische System und gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen fördern wollen, dann sollen sie als gute Steuerzahler dazu beitragen.

ACTARES fordert auch Zurückhaltung und Transparenz bei den Beiträgen an Verbände und Aktionskomitees. Sie sollten geschäftsmässig begründet sein, weil sie sonst nicht von den Steuern abgezogen werden können. Aus Rücksicht auf das Aktionariat sind einseitige politische Stellungnahmen zu vermeiden, wie dies z.B. bei der Steuerprivilegierung der Grossaktionäre durch Economiesuisse, den Dachverband der Wirtschaft, geschehen ist. Dafür wurde viel Geld eingesetzt, das nicht zuletzt von Beiträgen der Konzerne stammt. Für solche Beiträge an Verbände und das Lobbying sollten interne Regeln formuliert und im Rahmen der Corporate Social Responsibility transparent gemacht werden. Nur drei der angefragten Unternehmen erwähnen, solche Regeln formuliert zu haben. Beiträge an Interessenverbände, Lobbyorganisationen, Aktionskomitees usw. sollen offengelegt werden.